

Luzernerinnen und Luzerner bestimmen



Liebe Leserinnen und Leser

Wir haben es geschafft! Die JSVP kann die Anti-Stau-Initiative einreichen und hat dafür über 4000 Unterschriften gesammelt. Die JSVP lancierte diese vor gut einem Jahr und wusste, es bedeutet viel Zeit, Energie und Einsatz um 4000 Unterschriften sammeln zu können. Dank ihrer Hilfe ist es der JSVP unter der Leitung von Präsident Patrick Zibung gelungen, Standaktionen und vieles mehr durchzuführen. Das Erreichen der Unterschriften hat auch gezeigt, dass die SVP und die JSVP sehr gut zusammenarbeiten und gemeinsam Ziele erreichen können. Vielen herzlichen Dank an alle, welche die Initiative in irgendeiner Form unterstützt haben.

Am 3. Februar endete die Eingabefrist für die Meldung der Gemeinderatskandidaten. 376 Kandidaten stehen 77 Ge-

meinden für 367 Sitze zur Verfügung. Die SVP hält 28 Sitze inne. Die Ortsparteien sind gefordert. Es ist mir klar, dass dies ein schwieriges Unterfangen ist, da sich immer noch nicht jeder, der SVP wählt, auch für ein Amt zur Verfügung stellt. Manch einer fürchtet sich immer noch vor den Konsequenzen, wie zum Beispiel Kundenverlust usw.

Mit Kompetenz und einer guten Sachpolitik bieten wir Paroli und geben nicht auf. Die SVP steht für eine lösungsorientierte Sachpolitik ein, welche dem Gemeindewohl dient. Darum bin ich überzeugt, dass die SVP auch auf kommunaler Ebene zulegen kann. «Ned lug lah gwinnt»

Nach der Abstimmung vom 7. Februar 2020 beginnt der Abstimmungskampf um die Begrenzungsinitiative. Das Resultat dieser Abstimmung wird wegweisend für die Schweiz sein. Sie wird entscheiden, ob wir innert kürzester Zeit die 10 Millionen Grenze an Einwohnern erreichen werden, ob die Züge verstopft und ob sich der Stau auf den Strassen weiterentwickelt. Es wird sich zeigen, ob der Bedarf an Notfallpraxen zunimmt und das Bildungssystem sich den neuen Einwohnern immer mehr anpassen muss.

In diesem Sinne sind wir gefasst und setzen uns mit aller Kraft für die Begrenzungsinitiative ein. Ich zähle auf Sie!

Die Präsidentin
Angela Lüthold-Sidler

Wichtiges im Feb./März >>

22 | SVP Jasscup

02 | Session National- und Ständerat

06 | Gründung JSVP Entlebuch

11 | Sitzung Kantonsratsfraktion

AUS DER REDAKTION

Aus dem «SVP Kurier» wird neu die «SVP news», das offizielle Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern. Die «SVP news» erscheinen monatlich und sind als online-Version jeweils aktuell auf der Website der SVP Kanton Luzern zum Download bereit. Selbstverständlich kann auf Bestellung eine Printversion zugestellt werden.

Mit den «SVP news» will die Parteileitung des SVP Kanton Luzern schneller und fokussierter über wichtige Themen und Entscheidungen informieren. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.

Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung
Die Parteileitung der SVP Kanton Luzern

Infos über die SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch



Massive Zuwanderung stoppen!

Zuwanderung selbst steuern



Noch 1990 betrug die Bevölkerung in der Schweiz 6,8 Millionen Einwohner.

Heute, keine dreissig Jahre später, leben bereits 8,6 Millionen Menschen in der Schweiz.



Die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung», auch Begrenzungsinitiative, verlangt eine eigenständige Zuwanderungsregelung in die Schweiz ohne Personenfreizügigkeit. Ein berechtigtes Anliegen, jährlich wandert beinahe die Bevölkerung der Stadt Luzern in die Schweiz ein.

Die eigenständige Regelung der Zuwanderung ist für jedes unabhängige und wirtschaftlich erfolgreiche Land eine Selbstverständlichkeit. Genau dies ist das Ziel der Begrenzungsinitiative. Sie kam zustande, nachdem sich Bundesrat und Parlament mit Verweis auf die Personenfreizügigkeit geweigert hatten, die von Volk und Ständen beschlossene Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Mit der Begrenzungsinitiative wird der vertragliche Rechtsanspruch auf Personenfreizügigkeit für über 500 Millionen EU-Ausländer beendet.

Unkontrollierte Zuwanderung

Die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung», auch «Begrenzungsinitiative» genannt, wurde am 31. August 2018 eingereicht. Sie stammt aus der Feder der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) und kommt am 17. Mai 2020 zur Abstimmung. Die Initiative verlangt eine eigenständige Zuwanderungsregelung in die Schweiz ohne Personenfreizügigkeit. Das Freizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union soll innerhalb eines Jahres durch Verhandlungen aufgelöst, andernfalls einseitig gekündigt werden. Dies ist ein berechtigtes Anliegen, denn seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr wanderten 60'000 bis 80'000 Personen mehr in unser Land ein als es verlassen. Das entspricht beinahe der Bevölkerung der Stadt Luzern. Die negativen Folgen sind schmerzhaft: Einheimische Arbeitsplätze wer-

den zusehends gefährdet, namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt, der Wohnraum wird knapper und die Landschaft wird zubetoniert. Züge, Strassen und Schulen platzen aus allen Nähten und werden unsicherer. Hinzu kommt, dass praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche. «Noch 1990 betrug die Bevölkerung in der Schweiz 6,8 Millionen Einwohner. Heute, keine dreissig Jahre später, leben bereits 8,6 Millionen Menschen in der Schweiz», hält der Zuger Nationalrat Thomas Aeschi fest, «Über 2 Millionen Einwohner der Schweiz sind heute Ausländer und dies, obwohl sich jährlich zwischen 40'000 und 50'000 Personen neu einbürgern lassen. Seit 1990 haben über 950'000 Ausländer den Schweizer Pass erhalten.»

Alle gegen die SVP

Der Bundesrat beantragte der Bundesversammlung im Juni 2019 in seiner Botschaft, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. In seiner Botschaft erkannte der Bundesrat die Anliegen der Initianten als berechtigt, begründete seine Ablehnung aber damit, dass der Wegfall der Freizügigkeit schädliche Folgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz hätte. Wieder einmal wird der Volkswille, der eindeutig bei der Masseneinwanderungsinitiative geäussert wurde, missachtet. Alle Parteien, bis auf die SVP, lehnen die Initiative explizit ab.

Webseite des Komitees für eine massvolle Zuwanderung:
www.begrenzungsinitiative.ch

Nachgefragt bei



Yvette Estermann
Nationalrätin

Weshalb setzen Sie sich für die Begrenzungsinitiative ein?

Der Bundesrat wird beauftragt, auf dem Verhandlungsweg das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU spätestens 12 Monate nach Annahme der Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Abkommen innert 30 Tagen zu kündigen.

Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU, kommen pro Jahr 60 bis 80'000 Personen mehr ins Land, als es verlassen. Überfüllte Züge und Strassen, sowie hohe Mieten sind nur einige der zahlreichen Folgen. Die Hälfte aller Sozialbezüger sind Ausländer. Die Kriminalität steigt, die Kultur verändert sich.

England hat entschieden, aus diesen Gründen, aus der EU auszutreten. Das Land will keine Personenfreizügigkeit und keine institutionelle Anbindung an die EU. Auch wir sind ein eigenständiges Land und sagen deshalb JA zur Begrenzungsinitiative!

Das müssen Sie wissen

Asylkosten steigen weiter

“

Trotz der rückläufigen Asyl-Zahlen sind die Kosten im Kanton Luzern stark gestiegen und betragen einen jährlichen Nettoaufwand von über 20 Millionen Franken.

”

Der Bestand an Personen im Asylbereich steigt weiter. Zwar ist die Zahl der Asylgesuche rückläufig, dennoch erhöhen sich die Kosten. Eine kurze Analyse der Situation in der Schweiz sowie im Kanton Luzern.

Laut dem Staatssekretariat für Migration kamen letztes Jahr insgesamt 14'269 Asylbewerber in die Schweiz. Das sind zwar 6,5 Prozent weniger als im Vorjahr – der Bestand an Personen im Asylbereich und damit die Asylkosten steigen jedoch stetig. Inzwischen leben über 126'000 Personen in der Schweiz, die über die Asylschiene eingewandert sind. Das sind 2'979 mehr als noch Ende 2018. Zudem ist die Zahl der vorläufig Aufgenommenen erneut um mehr als 1'000 Personen auf 47'965 Personen gestiegen. Seit 2010 hat sich diese Zahl damit mehr als verdoppelt.

Kosten steigen im Kanton Luzern

Im Kanton Luzern gibt es momentan rund 3'700 vorläufig Aufge-



nommene und Flüchtlinge. Dazu kommen über 500 Asylsuchende. Seit 2014 ist die Zahl stark angestiegen, wobei sie sich in den letzten Jahren eingependelt hat. Das führte dazu, dass der Kanton 2016, beim Höchststand, gleichzeitig 13 Asylzentren betreiben musste. 89,4 Prozent der Asylsuchenden sowie der vorläufig Aufgenommenen beziehen immer noch Sozialhilfe im Kanton Luzern. Trotz der rückläufigen Zahlen sind die Kosten aber stark gestiegen. Insgesamt hat der Kanton Luzern einen jährlichen Nettoaufwand von über 20 Mio. Franken, hinzu kommen die Kosten des Bundes, die um ein Vielfaches höher sind.

Aus Sicht der SVP kommen noch immer viel zu viele Asylanten in die Schweiz und erhalten hier ein Aufenthaltsrecht. Denn bei den meisten von ihnen handelt es sich nicht um Flüchtlinge, sondern um Wirtschaftsmigranten. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass der Bund in nur rund 30 Prozent der Fälle Asyl gewährt. Die viel gelobte Integrationspolitik verfehlt ihr Ziel. Die Kosten tragen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Bild des Monats



Delegiertenversammlung SVP Schweiz in Seedorf (UR)

Am 25.01.2020 fand die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Seedorf (UR) statt. Sie stand ganz im Zeichen einer massvollen Zuwanderung – dem zentralen Anliegen der Begrenzungsinitiative, die am 17. Mai 2020 zur Abstimmung kommt. Die SVP Schweiz kämpft hoch motiviert und entschieden dafür, dass wir Schweizer wieder Herr im eigenen Land sind und die Zuwanderung wieder eigenständig steuern. Auch Vertreter der SVP Kanton Luzern waren vor Ort.





Erfolgreiche Unterschriftensammlung

Die Antistauinitiative der Jungen SVP Kanton Luzern hat zum Ziel, dass sich die Strassenkapazität der Kantonsstrassen künftig an der Nachfrage orientiert. Die Unterschriftensammlung war erfolgreich und Begehren kommt vor das Luzerner Stimmvolk.

Die Junge SVP Kanton hat es geschafft. Sie hat über 4'000 beglaubigte Unterschriften für die Antistauinitiative gesammelt. «Wir freuen uns riesig über den Erfolg. Nun kann das Luzerner Stimmvolk über das Anliegen abstimmen», hält Patrick Zibung, Präsident der Jungen SVP Kanton Luzern fest.

Umfragen bestätigen Anliegen

Ob die Antistauinitiative umgesetzt wird bestimmt das Luzerner Stimmvolk. Umfragen bestätigen, dass das Anliegen von der Bevölkerung getragen wird. Eine Studie von DemoScope bei TCS-Mitgliedern hat ergeben, dass 60% mit einer autofeindlichen Politik nicht einverstanden sind. 88% der Befragten waren der Meinung, dass das Vorwärtstkommen mit dem Auto verbessert werden muss und 76% wollen nicht, dass der MIV gegenüber dem ÖV benachteiligt wird. Zahlen von LUSTAT Statistik Luzern unterstreichen die Bedeutung des motorisierten Individualverkehrs. 73% der Bevölkerung gehen einer Tätigkeit ausserhalb der eigenen Wohngemeinde nach. Dabei wird meistens das Auto verwendet: 60% der interkantonalen Pendler reisen mit dem Auto, nur gerade 30% nutzen den öffentlichen Verkehr. Rund Zweidrittel der Distanzen werden mit dem Auto zurückgelegt.

Mobilität von grosser Bedeutung

Stau verursacht in der Schweiz rund 1.6 Milliarden Franken Kosten pro Jahr – die Tendenz ist klar steigend. Mit der Antistauinitiative will die Junge SVP des Kantons Luzern, dass diese Kosten im Kanton Luzern abnehmen. Auch soll der Autoverkehr nicht weiter benachteiligt werden, denn das Auto ist und bleibt das wichtigste Verkehrsmittel. Die Zahl von über 216'000 zugelassenen Motorfahrzeugen im Kanton Luzern bestätigt dies eindrücklich. Die Antistauinitiative will dem motorisierten Individualverkehr (MIV) den nötigen Raum geben, damit Gewerbe sowie Bürgerinnen und Bürger eine möglichst hohe Mobilität geniessen können. Das soll auch für die Unternehmen im Kanton Luzern gelten, denn für sie ist die Erreichbarkeit von grosser Bedeutung. Insbesondere in der Agglomeration und der Stadt Luzern ist diese oft nicht mehr gewährleistet. Dies schadet der Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet damit Arbeitsplätze. Auch sollen weitere Einschränkungen des motorisierten Verkehrs verhindert werden. Deshalb sollen zusätzliche Spurabbauten zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs und Langsamverkehrs sowie Kapphaltestellen nicht mehr möglich sein.

Weitere Informationen unter: www.antistauinitiative.ch

“

*Die Wahlen in den Gemeinden
stehen an. Packen wir es an!*

”

Im Kanton Luzern stehen diesen Frühling die Wahlen in den Gemeinden an. Die Neuwahlen der Gemeindebehörden und Gemeindeparlamente sowie der Korporationsräte werden am 29. März 2020 durchgeführt.

Liebe SVP-Familie

Für die SVP Kanton Luzern wird das eine herausfordernde Zeit. In den vergangenen National- und Ständeratswahlen sowie bei den Kantonsratswahlen musste die SVP Kanton Luzern Sitzverluste hinnehmen. Das heisst aber nicht, dass wir den Kopf in den Sand stecken, sondern erst recht mit vollem Elan zu diesen Wahlen antreten müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit unseren äusserst qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten in allen Luzerner Gemeinden motiviert und voller Tatkraft in diese Wahlen gehen können.

Angela Lüthold-Sidler,
Präsidentin SVP Kanton Luzern

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem kann eine Printversion angefordert werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch